

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 17.09.2012 im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dietmar Eisele Ahaus

Mitglieder:

| | | |
|--------------------------|-----------|--|
| Heinz-Josef Elpers | Ahaus | Vertretung für Herrn Markus Jasper |
| Volker Jürgen Himmel | Gronau | |
| Dipl.-Ing. Ludger Konrad | Stadtlohn | |
| Bernhard Krasenbrink | Bocholt | Vertretung für Herrn Theo Sanders |
| Paul Lensing | Borken | |
| Heinrich Lübbering | Vreden | |
| Josef Osterhues | Ahaus | |
| Bernd Schlippsing | Vreden | |
| Wolfgang Klein | Ahaus | |
| Heidi Buskase | Gronau | |
| Wolfgang Kramer | Gescher | |
| Klaus Meyermann | Bocholt | Vertretung für Herrn Friedhelm Weikamp |
| Winfried Semmelmann | Borken | Vertretung für Frau Elisabeth Lindenhahn |
| Johann Vering | Heiden | |
| Gerd Welper | Vreden | |

Es fehlt entschuldigt:

Arno Berning Raesfeld

Gast:

Markus Rümke Zweckverband SPNV Münsterland (ZVM)

Vertreter/innen der Verwaltung:

| | |
|-------------------------|----------------------|
| Dr. Hermann Paßlick | |
| Dr. Elisabeth Schwenzow | ab TOP 2, 17.30 Uhr |
| Karl-Peter Theis | bis TOP 1, 17.20 Uhr |
| Paul Schmeing | |
| Bernhard Sieverding | |
| Sofia Arnold | |
| Markus Prangenberg | |

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Herr Eisele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenken die Ausschussmitglieder dem verstorbenen Kreistagsabgeordneten und Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen Friedhelm Weikamp in einer Schweigeminute.

Sodann stellt er Einvernehmen fest, die Tagesordnung nach § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag im öffentlichen Teil um den neuen Punkt 5 „Fusion der Flugplatz Stadtlohn-Vreden Besitz GmbH mit der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH“ zu erweitern.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: 1. Controllingbericht 2012 Vorlage: 0203/2012

Zu den Schadensersatzleistungen beim Produkt 07.01.01 teilt Herr Sieverding mit, nach den Beschädigungen an einer Blitzanlage seien die Schäden von den Verursachern erstattet worden. Durchsetzbar sei der Zeitwert, nicht aber der Wiederbeschaffungswert gewesen.

Herr Theis berichtet, die Änderungen beim Katasterführungssystem hätten das Budget 09 Geoinformation und Liegenschaftskataster im Jahr 2012 geprägt. Aufgrund teils fehlender technischer Vorgaben des Landes NRW könnte erst in 2013 wieder ein aktueller Bearbeitungsstand erreicht werden.

Auf die Frage von Herrn Krasenbrink zu den höheren Personalaufwendungen bei den Fleischbeschauern/Tierärzten antwortet Herr Dr. Paßlick, die Aufwendungen würden aus einer höheren Schlachtleistung der Schlachthöfe im Kreis Borken (u. a. durch den Dauerbetrieb in Legden) resultieren. Diesen Mehraufwendungen würden Mehrerträge im Budget 03 Tiere und Lebensmittel gegenüberstehen.

Zu den von Herrn Eisele angesprochenen stark reduzierten Fortbildungen im IT-Bereich weist Herr Dr. Paßlick darauf hin, dass an Fachausbildungen weiter festgehalten werde.

Herr Eisele erkundigt sich beim Produkt 11.10.01 – Bildungsbüro nach den verringerten Aufwendungen beim Projekt „Lernen vor Ort“.

Antwort:

Tatsächlich sind im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ nicht alle Mittel aus der ersten Förderphase (Endete zum 31.08.2012) in Anspruch genommen worden. Auftragsvergaben, die ursprünglich bei Stellung des Förderantrages vor drei Jahren noch als sinnvoll erschienen, waren aus heutiger Sicht nicht zielführend und notwendig. Die Mindereinnahmen führen auf der Position zu Minderausgaben unter Zuwendungen und allgemeine Umlagen.

Herr Welper wünscht zum Produkt 08.01.01. – Bauaufsicht nähere Erläuterungen zu den verringerten Buß- und Zwangsgelderträgen. Herr Eisele betont, aufgrund der Zuständigkeitsordnung des Kreises Borken sei eine Beratung des Budgets 08 – Bauen, Wohnen und Immissionsschutz im Ausschuss für Umwelt vorgesehen. Die Antwort solle aber dennoch zu Protokoll gegeben werden.

Antwort:

Die Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit im Bauordnungsrecht ist aufgrund der umfangreichen Recherchen und des Prüfaufwandes sehr personalintensiv. Da jeder Einzelfall gesondert zu betrachten ist, können diese Verfahren – anders als etwa die Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen – nicht technisch-standardisiert werden. Die Bearbeitung übernehmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung der unteren Bauaufsicht, welche gleichzeitig auch für die Bearbeitung von Bauanträgen verantwortlich sind. Zu nennen ist insbesondere die planungsrechtliche Prüfung von Vorhaben im Außenbereich.

Da die Zahl der größeren, investitionsträchtigen und damit auch arbeitsintensiven und konflikträchtigen Vorhaben, besonders im landwirtschaftlichen Bereich, zugenommen hat, muss aufgrund der damit verbundenen Arbeitsbelastung die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten derzeit auf schwerere Verstöße beschränkt werden.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes zum 30.06.2012 für die Budgets 07 – Verkehr, 09 – Geoinformation und Liegenschaftskataster, 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen sowie für das Produkt 11.03.04 – Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Kreisentwicklung, EU-Angelegenheiten und Statistik zur Kenntnis.

Punkt 2: EUREGIO-Studie zum Potenzial für grenzüberschreitenden SPNV

Herr Dr. Paßlick informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation (**s. Anlage 1 der Niederschrift**) über das Projekt, die Potenziale für eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs zwischen dem Münsterland und der niederländischen Region Achterhoek abzuschätzen. Ziel sei die Beurteilung der Schienewürdigkeit einzelner Verbindungen als zukünftige Option zur Weiterentwicklung des Verkehrs. Entsprechende Trassen könnten so bei künftigen Planungen berücksichtigt und noch bestehende Flächen ehemaliger Schienestrecken gesichert werden. Das Problembewusstsein bei den Städten und Gemeinden müsse verschärft werden. Im Rahmen der Europäischen Verkehrspolitik werde nicht nur das Kernnetz mit den Haupt-Achsen, sondern auch das Gesamtnetz mit Zubringerfunktion betrachtet. Insbesondere die Grenzregion stehe somit im Focus, wenn es darum gehe, durch sinnvolle grenzüberschreitende Lückenschließungen den Zugang zum Kernnetz zu erleichtern. Das Projektkonzept sei bei den Gremien der EUREGIO auf breite Unterstützung gestoßen.

Auf die Frage von Herrn Semmelmann zur Einbindung in die überregionale Verkehrsplanung antwortet Dr. Paßlick, selbst bei einer konkreten Planung scheitere eine Realisierung derzeit an den fehlenden finanziellen Mitteln. Mit einer Änderung in absehbarer Zeit sei nicht zu rechnen.

Herr Lensing betont, er halte es für wichtig, dass die Bürgermeister über das Projekt informiert wurden und hoffe, dass der Schienenausbau von den Städten und Gemeinden als Chance für die Zukunft gesehen werde.

Auf die Frage von Herrn Meyermann zu einem geänderten Takt bei der RegionalBahn-Linie 32 „Der Bocholter“ teilt Herr Dr. Paßlick mit, Voraussetzung für einen durchgängigen Zug bis Duisburg sei die Elektrifizierung des Teilstücks von Bocholt nach Wesel. Diese Planung habe eine hohe Priorität für den Kreis Borken und werde als Option mit in die nächste Ausschreibung aufgenommen. Finanzielle Mittel stünden derzeit nicht zur Verfügung. Die Umsetzung werde erschwert, da der betroffene Bahnabschnitt hauptsächlich vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) verwaltet werde, für den das Projekt eine andere Bedeutung habe als für den Kreis Borken.

Punkt 3: Potenzialanalyse der Strecke Bocholt - Borken - Coesfeld

Herr Rümke berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation (**s. Anlage 2 der Niederschrift**) über den Prüfauftrag aus dem Nahverkehrsplan Westfalen-Lippe. In der Potenzialanalyse sei die Schienenwürdigkeit der Strecke Bocholt – Borken – Coesfeld (- Münster) festgestellt worden. Aus verkehrlicher Sicht sei eine Reaktivierung der Schienenstrecke insbesondere im Abschnitt zwischen Bocholt und Borken sinnvoll. Hinweise zur Sicherung der Trassen seien bereits seit 1996 im Nahverkehrsplan enthalten. Als weiteren Schritt könne eine Kosten-Nutzen-Analyse erfolgen.

Auf die Frage von Herrn Vering über die Einbindung der Deutschen Bahn teilt Herr Rümke mit, bei der Potenzialanalyse sei die Deutsche Bahn nicht beteiligt. Diese sei auch nicht Eigentümer der betroffenen Flächen.

Votum:

Der Kreis Borken unterstützt das Vorhaben des Zweckverbandes SPNV Münsterland (ZVM) die Folgestudie in Auftrag zu geben.

**Punkt 4: Konzept zur integrierten Gesamtverkehrsplanung
Antrag der Fraktion B90/Die Grünen v. 23.08.2012
Vorlage: 0206/2012**

Herr Welper erläutert den Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN und schlägt vor, der Kreis Borken solle aufgrund geänderter Rahmenbedingungen die vielfältigen Maßnahmen im Bereich der Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in einem integrierten Gesamtverkehrskonzept bündeln und alle Akteure zu einem Austausch zusammenführen.

Herr Eisele ergänzt, das Gesamtverkehrskonzept solle sich auf den Kreis Borken beziehen, aber auch nicht isoliert von der überregionalen Planung aufgestellt werden.

Die Herren Lensing, Himmel und Klein schlagen vor, zunächst solle eine Bestandsaufnahme über die vorhandene Verkehrsinfrastruktur erfolgen und anschließend könnten die nächsten Schritte abgestimmt werden.

Frau Dr. Schwenzow erklärt, ein umfassendes Gesamtverkehrskonzept sei sehr aufwendig und mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden. Sie könne sich vorstellen, dass der Kreis Borken die vorhandenen Pläne und lfd. Projekte auflistet und auf mögliche Einflussfaktoren bzw. Abhängigkeiten eingeht.

Herr Dr. Paßlick informiert, dass im Rahmen der REGIONALE 2016 an zwei Projekten mit einem Schwerpunkt im Bereich Mobilität gearbeitet werde. Daraus könnten sich weitere Aspekte ergeben.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme über die vorhandenen Verkehrsplanungen, die das Kreisgebiet betreffen zu erstellen und diese in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen vorzustellen.

Punkt 5: Fusion der Flugplatz Stadtlohn-Vreden Besitz GmbH mit der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH
Vorlage: 0230/2012

Frau Dr. Schwenzow gibt einen Rückblick über die Entwicklungen am Flugplatz Stadtlohn-Vreden und spricht sich für die geplante Verschmelzung der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH auf die Flugplatz Stadtlohn-Vreden Besitz GmbH aus. Sie betont, aus wirtschaftlicher Sicht sei die geplante Fusion sinnvoll. Zwar erschwere dies den Einstieg privater Investoren, eine solche Beteiligung sei aber ohnehin nicht in Sicht.

Herr Eisele merkt an, die Verschmelzung sei wirtschaftlich vernünftig, die ursprüngliche Planung, private Investoren zu beteiligen sei aber gescheitert. Eine politische Diskussion werde im Kreisausschuss und Kreistag erfolgen.

Herr Welper kritisiert, trotz ständiger Warnungen vor den finanziellen Risiken am Flugplatz Stadtlohn-Vreden seien in der Vergangenheit erhebliche Investitionen getätigt worden. Private Investoren seien nicht gefunden worden, so dass alle Risiken und Verluste die Steuerzahler zu tragen hätten.

Herr Lensing entgegnet, die Verlängerung der Start- und Landebahn sei notwendig gewesen. Eine echte Alternative habe nicht bestanden. Außerdem habe die Landesregierung ihre Förderzusagen nicht eingehalten.

Frau Dr. Schwenzow stellt klar, die Risiken seien bereits bei der Übernahme der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH durch die Flugplatz Stadtlohn-Vreden Besitz GmbH im Jahr 2009 übernommen worden. Die jetzige Fusion führe lediglich zu Einsparungen.

Herr Eisele stellt Einvernehmen fest, den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss und Kreistag weiterzugeben.

Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Schmeing berichtet, die Bezirksregierung Münster habe dem Kreis Borken für 2012 noch Mittel für Straßenbaumaßnahmen zur Verfügung gestellt. Der Kreis Borken werde diese Mittel abrufen und folgende Straßenbaumaßnahmen aus dem genehmigten **Straßenbauprogramm** in 2012 beginnen und in 2013 abschließen:

K 60 Rhede-Krechting nach Bocholt-Biemenhorst:
(Fahrbahnerneuerung mit Radweg)

K 16/18 Vreden:
(Deckenerneuerung, Neubau eines Radweges)

K 63 Ottenstein nach Vreden:
(Neubau Kreisverkehr, Deckenerneuerung und Neubau Radweg jetzt mit 60 %iger Landesförderung)

Auf die Frage von Herrn Semmelmann über die finanziellen Auswirkungen für den Kreis Borken antwortet Herr Schmeing, die Maßnahmen können durch den Haushalt 2012 abgedeckt werden.

Herr Schmeing teilt mit, die Kriterien für die Finanzierung von Entlastungsstraßen durch das Land würden sich ändern. Es werde künftig schwieriger eine Förderung für Entlastungsstraßen zu erhalten. Alle bisher beantragten Maßnahmen würden anhand der neuen Kriterien nochmals geprüft. So müsse z. B. bereits bei der Antragstellung die Frage der Ökologie mit

der Unteren Landschaftsbehörde abgestimmt sein. Nach dem Einplanungsgespräch bei der Bezirksregierung Münster würden genauere Informationen vorliegen. Auf die Frage von Herrn Elpers teilt Herr Schmeing mit, dass die geplante K 17n hiervon ebenfalls betroffen sei.

Herr Dr. Paßlick informiert, die Bezirksregierung Münster habe die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Kreisen Borken, Coesfeld und Warendorf und dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Münsterland (ZVM) genehmigt und im Amtsblatt veröffentlicht. Gegen den Vorstandsvorsteher und die Verbandsversammlung habe nun der Kreis Steinfurt, der gegen die Vereinbarung gestimmt habe, Klage eingereicht mit der Begründung, nach der Satzung des ZVM sei eine einstimmige Entscheidung der Verbandsversammlung notwendig gewesen. Hintergrund sei, dass der Kreis Steinfurt seine Mitgliedschaft in der **RNVG** gekündigt habe.

Die Herren Lensing und Eisele bedauern die Entscheidung des Kreises Steinfurt, hoffen aber auf eine weitere gute Zusammenarbeit im ZVM.

Herr Dr. Paßlick teilt mit, das Bundesverkehrsministerium habe darauf hingewiesen, dass Kennzeichenwünsche vorläufig nicht angenommen würden, da derzeit keine Rechtsgrundlage bestehe. Sofern der Bundesrat dem Vorschlag des Bundesverkehrsministeriums zur **Änderung des § 8 Fahrzeug-Zulassungsverordnung** folge, werde es zu den Einzelheiten des Antragsverfahrens Ende Oktober 2012 weitere Informationen geben. Bereits übersandte Kennzeichenwünsche würden als nicht gestellt angesehen.

Herr Sieverding weist auf das **Politikforum der AGFS** am 23.10.2012 in Dülmen hin. Zum Thema „Nahmobilität im Lebensraum Stadt“ sei ein Referat mit anschließender Diskussion geplant. Die Kreistagsabgeordneten und die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen seien eingeladen. Die Einladungsschreiben würden in den nächsten Tagen verschickt.

Punkt 7: Anfragen

Auf die Frage von Herrn Krasenbrink zum geplanten **Ausbau der B 67n** antwortet Herr Schmeing, derzeit laufe das Planfeststellungsverfahren. Durch das gleichzeitige Flurbereinigerungsverfahren könne der Grunderwerb schneller vollzogen werden.

gez.

Dietmar Eisele
Vorsitzender

gez.

Sofia Arnold
Schriftführerin